

Alles Nachträge fürs irland journal 2+3/2014 – entweder zu spät angekommen oder nicht mehr reingepasst – in die Rubriken remember/kurz und bündig....

Albert Reynolds (1932-2014): The Forgotten Man of the Peace Process

Im Alter von 81 Jahren starb am 21. August der ehemalige irische Regierungschef Albert Reynolds. In seine Amtszeit fielen nicht nur die Downing Street Declaration und der Edinburgher EU-Gipfel, sondern auch die Kontroverse um ‘the X-case’, der IRA-Waffenstillstand und die Geburt von ‘Riverdance’.



Albert Reynolds

Albert Reynolds, der von Februar 1992 bis Dezember 1994 an der Spitze zweier Koalitionsregierungen stand, zunächst zwischen Fianna Fáil und den Progressive Democrats, dann – ab Januar 1993 – zwischen Fianna Fáil und Labour, war auch ein gewiefter Geschäftsmann und passionierter Pferdenarr.

Erfolgreicher Geschäftsmann

Er wurde am 3. November 1932 in Rooskey, Co Roscommon geboren. Zur Schule ging er am Summerhill College in Co Sligo, und arbeitete anschließend für die Staatliche Eisenbahngesellschaft CIÉ. In der Zeit lernte er auch seine Frau Kathleen kennen, mit der er sieben Kinder hatte.

Er liebte Country & Western-Musik, verließ den sicheren Job, und stürzte sich in die Showband-Ära. Er übernahm eine Reihe von Dancehalls und machte damit ein Vermögen, das er in erfolgreiche Unternehmen investierte – von einer

Hundefutterfabrik bis zur Fischexportfirma. Auch an Lokalzeitungen und an einem Kino beteiligte er sich.

Später Einstieg in die Politik

In den 70er Jahren – begann er, sich ernsthaft für Politik zu interessieren. 1977 wurde er erstmals für Fianna Fáil im Wahlkreis Longford-Westmeath in den Dáil gewählt. Er wurde Minister für Post und Kommunikation (1979-81), Minister für Industrie und Energie (1982), Minister für Industrie und Handel (1987-88), Finanzminister (1988-91).

1991 musste Reynolds aus dem Kabinett ausscheiden, weil er die Führerschaft von Taoiseach Charlie Haughey in Zweifel gezogen hatte. 1992 wurde er zum Parteivorsitzenden von Fianna Fáil gewählt und wurde Taoiseach einer Koalitionsregierung mit den Progressive Democrats. Anfang 1993 konnte Reynolds mit dem neuen Koalitionspartner Labour seine Arbeit fortsetzen.



Adams, Reynolds und Hume – dreifacher Händedruck in Dublin

Downing Street Declaration

Vielleicht der wichtigste Augenblick seiner Amtszeit war die Downing Street Declaration am 15. Dezember 1993. Die Feststellung, dass das Vereinigte Königreich keine 'strategischen Interessen' in Nordirland verfolge und es den Nordiren überlassen bliebe, demokratisch darüber zu entscheiden, ob sie beim Vereinigten Königreich bleiben oder ein vereintes Irland anstreben wollten, gilt heute als die Grundlage für den Friedensprozess. Reynolds hatte Geschichte geschrieben, als er die Gespräche zwischen John Hume (SDLP) und Gerry Adams (Sinn Féin) guthieß, und beide in Dublin empfing – von wo aus die Bilder vom 'Triple Handshake' um die Welt gingen.

Reynolds gelang es, John Major davon zu überzeugen, dass Sinn Féin tatsächlich ein Ende des Konflikts wollte, und er brachte die US-Regierung ins Spiel. Für ihn war der einzige Weg zum Frieden ein Prozess intensiver Gespräche und Verhandlungen, auf demokratischer Basis, mit dem Ziel eines von allen Seiten akzeptierten Friedens in Nordirland.

Das Engagement von Reynolds “für den Frieden auf dieser Insel” sei “unerschütterlich” gewesen, sagte John Hume. Und sein gutes persönliches Verhältnis zu John Major, dem britischen Premierminister, habe dazu beigetragen, dass die Downing Street Declaration unterzeichnet werden konnte. “Er demonstrierte Integrität, Entschlossenheit und großen Mut in seiner Arbeit für den Frieden – in einer Zeit, in der dies bitter notwendig war”, fügte Hume noch hinzu. Nordirlands Deputy First Minister Martin McGuinness brachte es auf den Nenner: “Albert was a peacemaker.”

Im Sommer 1994 erklärte die IRA ihren Waffenstillstand. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Albert Reynolds entscheidend dazu beigetragen hat, die Grundlagen für das spätere Karfreitagsabkommen von 1998 zu schaffen. Für den heutigen UUP-Chef Mike Nesbitt sind John Major und Albert Reynolds “so etwas wie die vergessenen Männer des Friedensprozesses”.

Die Grundlagen des Keltischen Tigers

Zu seinen Erfolgen im Friedensprozess müssten aber auch seine Erfolge in der Wirtschaftsentwicklung hinzugefügt werden, betonte Taoiseach Enda Kenny. Er war es auch, dem es gelang, beim EU-Gipfel 1992 in Edinburgh Rekordsummen an europäischen Wirtschaftssubventionen für Irland zu verhandeln – für viele eine der Grundlagen des ‘Keltischen Tigers’.

1992 stimmten die Iren über Maastricht ab – bei einer Wahlbeteiligung von 57,3% sprachen sich 69% für den EU-Vertrag aus – 31% stimmten dagegen. Im gleichen Jahr wühlten der ‘X-case’ (der Fall eines vergewaltigten Teenagers, dem die Reise nach England, um dort eine Abtreibung vornehmen zu lassen, verwehrt wurde), der Skandal um den Bischof von Galway, Eamonn Casey (von dem bekannt wurde, dass er einen Sohn im Teenager-Alter hat) und die Enthüllungen um pädophile Priester – vor allem Brendan Smyth – die Iren auf.

In Reynolds Regierungszeit gewann aber auch die kulturelle Renaissance Irlands an Fahrt – beim Eurovisionswettbewerb 1994 wurde Irlands erfolgreichste Show aller Zeiten geboren: Riverdance. Roddy Doyles ‘Barrytown Trilogy’ wurde komplettiert,

und er gewann für 'Paddy Clarke Ha Ha Ha' den Booker Prize.



Albert Reynolds als Grand Marshal der New Yorker St Patrick's Day Parade 1998

Abschied von der Politik

Ende 1994 musste Reynolds als Taoiseach und Parteichef zurücktreten, weil ihm seine Koalitionspartner von der Labour Party die Gefolgschaft kündigten. Er hatte Generalstaatsanwalt Harry Whelehan als Höchsten Richter am Obersten Gericht berufen. Dieser war heftig dafür kritisiert worden, dass er der Auslieferung des pädophilen Priesters Brendan Smyth nach Nordirland zugestimmt hatte.

Reynolds wurde 1997 von seiner Partei als Präsidentschaftskandidat nominiert. Er gewann zwar die erste Runde, musste sich aber am Ende Mary McAleese geschlagen geben. Er verabschiedete sich im Jahr 2002 aus dem Dáil und von der aktiven Politik und konzentrierte sich auf seine Geschäftsinteressen – und seine Passion, Pferderennen. Auf vielen Rennbahnen war er gern gesehener Gast – und obwohl er weder rauchte noch trank, war er oft der letzte, der die Bar verließ.

Seine letzten Jahre waren von fortschreitender Krankheit geprägt – er litt an Alzheimer. Es war ihm so nicht vergönnt, letzten Dezember an den 20-Jahr-Feiern zum Gedenken an die Downing Street Declaration teilzunehmen.

Irische Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch erneut auf dem Prüfstand

Einer schwangeren Asylbewerberin, Opfer einer Vergewaltigung und selbstmordgefährdet, die sich auf die im letzten Jahr eingeführte gesetzliche Regelung berief, nach der in medizinisch begründeten Fällen in Irland Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden dürfen, wurde der Eingriff mit der Begründung verweigert, dass der Fötus bereits zu weit entwickelt sei. Die

junge Frau (noch unter 20) trat daraufhin in einen Hungerstreik – willigte aber schließlich ein, das Kind in der 25. Woche per Kaiserschnitt zur Welt zu bringen.



(Foto: Cathal Mcnaughton / Getty)

Die Frau hatte ihren Antrag auf Abbruch bereits in der 8. Woche der Schwangerschaft gestellt. Aber die Riege der Ärzte, die sie hätten genehmigen müssen, konnte sich offenbar nicht einigen. Zwei Psychiater waren der Meinung, die Frau sei akut suizidgefährdet, ein Frauenarzt verweigerte seine Zustimmung.

Man riet ihr, den Abbruch doch in Großbritannien durchführen zu lassen. Da seien auch die Fristen weniger eng gefasst. Doch die Frau fürchtete, als Asylbewerberin nicht wieder ins Land gelassen zu werden. Außerdem schreckten sie die Kosten von über 1500 Euro ab.

Der National Women's Council of Ireland nannte die Behandlung der Frau "schrecklich und erschütternd". Sie stelle unter Beweis, dass das Gesetz von 2013 (der Protection of Life During Pregnancy Act) völlig unzureichend sei, und ein Referendum über den Schwangerschaftsabbruch notwendig sei. Dem stimmte auch ein Leitartikel der *Irish Times* zu.



Demonstration auf der O'Connell Street, Dublin

Oppositionspolitiker verlangten, dass das Parlament aus den Sommerferien zurück gerufen werde, um über die gesetzliche Situation des Schwangerschaftsabbruchs zu debattieren. Doch die Erziehungsministerin Jan O’Sullivan nannte das im vergangenen August in Kraft getretene Gesetz “das Bestmögliche, was unter den verfassungsrechtlichen Bedingungen zu realisieren gewesen sei”, und meinte, dass daher eine Feriensitzung des Parlaments nichts bringe. Sie räumte ein, dass für eine zukünftige Regierung Handlungsbedarf bestünde, das verfassungsrechtliche Verbot von Abtreibungen zu überprüfen. Aber in der verlebenden Legislaturperiode sei dies nicht mehr möglich.

Fintan O’Toole schrieb in der *Irish Times*, das seit 1980 etwa 160.000 irische Frauen in England abgetrieben hätten. Das seien 160.000 Gründe, das Gesetz über Abtreibung in Irland zu ändern. Der englische *Guardian* kommentierte: “Etwa 4.000 Frauen pro Jahr sehen sich gezwungen, nach England zu reisen. Für diejenigen, die das nicht können, bleibt ein Schwangerschaftsabbruch auch weiterhin so gut wie ausgeschlossen. Das ist mit Sicherheit eines der absurdesten und moralisch verwerflichsten Beispiele staatlicher Heuchelei in Europa.”

An Post:

Kontroverse um John Redmond-Gedenkmarken

An Post konnte sich diesen Sommer nicht über Mangel an Aufmerksamkeit für zwei neue Gedenkmarken beklagen. Es hagelte Kritik, die in der Forderung des Labour-Abgeordneten Eamonn Moloney gipfelte, die post solle die Marken zurückziehen. Beide Marken waren dem Chef der Irischen Parlamentspartei, John Redmond, gewidmet, und dessen Rolle zu Beginn des Ersten Weltkriegs.



Während Moloney sagte, es sei falsch, John Redmond zu würdigen, kritisierte der ehemalige Taoiseach John Bruton, dass eine Karikatur von Redmond Verwendung

fand, die Redmond verunglimpfe.

“Es ist durchaus angebracht, der Tausende von irischen Jugendlichen und Männer zu gedenken, die im Ersten Weltkrieg abgeschlachtet wurden,” sagte Moloney, “aber es ist falsch, einen Politiker zu ehren, der Iren dazu ermunterte, rekrutierte und dazu trieb, für Großbritannien zu töten.” Er sagte weiter: “Der Krieg von 1914-1918 wird immer der ‘Grosse Krieg’ genannt – aber da war nichts Grosses am Tod für die 200.000 irischen Rekruten, die ihn ausfochten. Und da war nichts Grosses für die 50.000 Iren, die abgeschlachtet wurden.”

An Post hat aus Anlass des hundertsten Jahrestags des dritten Home Rule-Gesetzes und des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs zwei Marken herausgebracht, die John Redmond zeigen – einmal mit dem Führer der Ulster Unionists, Edward Carson, das andere Mal als Cartoonfigur in einem britischen Rekrutierungsposter.

In seiner Rede vor der Parnell Summer School nannte John Bruton das Porträt Redmonds “wenig schmeichelhaft” – Redmond müsse angemessen gewürdigt werden dafür, da er das Home Rule-Gesetz durch das Parlament von Westminster gebracht habe.

An Post versicherte, die Marken würden nicht zurück gezogen. Sie seien Teil einer Serie, die die Ereignisse von 1914 würdigten, und es würden weitere Marken zu dem Thema erscheinen.

Irische Regierung plant ein halbes Dutzend Referenden

Das Ministerium für Umwelt und Kommunales richtet sich auf eine ganze Reihe von Referenden im kommenden Jahr ein, so der neue Minister Alan Kelly.



(Foto: Eric Luke)

In dem Memorandum des Ministeriums heißt es, die Regierung plane “zumindest drei und wahrscheinlich 5 (oder mehr) Referenden im Jahr 2015.” Drei der geplanten Referenden im kommenden Frühjahr betreffen Empfehlungen des Verfassungsrates: die Herabsetzung des Wahlalters auf 16; die Herabsetzung des Wählbarkeitsalters bei den Präsidentenwahlen von derzeit 35; und die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Diese Volksabstimmungen könnten noch vor Ostern abgehalten werden.

Ein viertes Referendum könnte die Einführung eines einheitlichen Patentgerichts betreffen, das sich mit Patentfragen und intellektuellem Eigentumsrecht befasst, offen für alle EU-Mitgliedsstaaten. Das fünfte Referendum wird zwar erwähnt, aber die näheren Ausführungen dazu wurden nicht veröffentlicht.

Drei weitere Referenden könnten, in Folge der Empfehlungen des Verfassungsrats, in Erwägung gezogen werden: Da wäre zum einen der Artikel 41.2 der Verfassung über die “role of women in the home” – also an Heim und Herd. Dann könnte darüber abgestimmt werden, ob der Strafbestand der Blasphemie aus der Verfassung gestrichen werden sollte. Und schließlich wäre da noch ein mögliches Referendum über das Wahlrecht von im Ausland lebenden Iren bei den Präsidentenwahlen.